

AUFRUF

9 Jahre indonesischer Völkermord in Osttimor Trotz 200 000 Opfern schweigt die Bundesregierung



Manifestação e vigilância contra o genocídio
Kundgebung und Mahnwache gegen den Völkermord
am Jahrestag der indonesischen Invasion der Insel Osttimor
no aniversário da invasão indonésia

FREITAG, 7. DEZEMBER 1984, 9.00 Uhr

vor der Botschaft der Republik Indonesien
Bernkastlerstraße 2, Bad Godesberg
(U-Bahnstation Hochkreuz, Linie 3 & 16)

Redner der Kundgebung:

Dr. UWE HOLTZ, SPD-MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

WALTER SCHWENNINGER
Grüne-MdB

anschließend Mahnwache

Bitte beteiligen Sie sich an den Aktionen,
um ein Zeichen zu setzen
gegen den Völkermord und seine Tolerierung.

Am 7. Dezember vor neun Jahren überfielen indonesische Truppen die portugiesische Kolonie Osttimor, 740 Kilometer nördlich von Australien gelegen.

Um den Widerstand der Bevölkerung zu brechen, gingen die Indonesier mit beispielloser Grausamkeit vor. Nach den spärlichen Berichten von Flüchtlingen und aus dem Land geschmuggelten Briefen töteten sie wahllos Männer, Frauen und Kinder.

Zudem hungerten sie die Menschen durch eine Blockade der Insel für jegliche ausländische Hilfe bei gleichzeitiger Vernichtung der Ernten aus.

Genaue Angaben über das Ausmaß des Terrors gibt es nicht, da Indonesien keine unabhängigen Beobachter auf die Insel läßt. Kirchliche Quellen nennen die Vernichtung von mindestens 200.000 der ehemals etwa 700.000 Einwohner. Diese Zahl stammt aus einem Brief osttimoresischer Priester und Nonnen an die katholische Kirche Indonesiens von 1981 sowie vom ehemaligen Bischof Osttimors, Mgr. da Costa Lopes, der heute in Portugal lebt und sich wie niemand sonst für sein Volk einsetzt.

Trotz dieser als Völkermord zu bezeichnenden Verbrechen verweigert die Bundesregierung jegliche Unterstützung für Osttimor.

Das Auswärtige Amt entzieht sich einer Stellungnahme regelmäßig mit dem Verweis, es gäbe keine gesicherten Informationen und entspricht damit der Intention der indonesischen Blockade.

Die auch dem Auswärtigen Amt vorliegenden Berichte der Flüchtlinge sowie die aus dem Land geschmuggelten Briefe ignoriert das Ministerium. Im Juni 1984 haben zwei osttimoresische Flüchtlinge anläßlich eines Bonnbesuches dem verantwortlichen Referatsleiter Berthold von Pfetten ausführlich über indonesische Greuel berichtet.

Grund für die Weigerung des Auswärtigen Amtes, den Völkermord in Osttimor zur Kenntnis zu nehmen, ist das Interesse an ungetrübten Beziehungen zu Indonesien. So schreibt der Referatsleiter von Pfetten:

"Der politischen Zusammenarbeit mit Indonesien gilt die besondere Aufmerksamkeit der Bundesregierung. In wichtigen Fragen der internationalen Politik vertreten beide Länder nahe beieinanderliegende oder übereinstimmende Auffassungen; dies gilt vor allem für die Afghanistan- und Kambodschafrage."
("Im Gespräch" Nr. 1/1984)

Der ehemalige Bundespräsident Carl Carstens hat der indonesischen Militärregierung bei seinem Besuch in Djakarta im Februar 1984 sogar attestiert, sie bemühe sich intensiv, den Frieden in der Welt sicher zu machen. (Indonesien Heute Nr. 2/1984)

Angeichts des Völkermordes, der zu den schlimmsten seit dem Zweiten Weltkrieg gehört sowie der beschämenden Haltung der Bundesregierung appelliert die Gesellschaft für bedrohte Völker an alle Bürger, an der Kundgebung vor der indonesischen Botschaft sowie der anschließenden Mahnwache für die Kriegsoffer teilzunehmen, um damit ein überzeugendes Zeichen gegen eine Völkermordpolitik und ihre Billigung durch die Bundesregierung zu setzen.

Verantwortlich: Klemens Ludwig, c/o Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 2024, 3400 Göttingen, Tel. 0551/55822

Kontaktadresse in Bonn für die Kundgebung c/o Lotte Schütze,
Kaiserstr. 7, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/225266